



# Sitzungsniederschrift

## Rat der Stadt Norderney

|                |   |  |
|----------------|---|--|
| Sitzungsort:   | Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1 |  |
| Sitzungsdatum: | 07.11.2017                                    | Niederschrift gefertigt am: 27.11.2017 |
| öffentlich     | Beginn: 18.00 Uhr                             | Ende: 19.45 Uhr                        |

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

RV Manfred Hahnen

#### **Stimmberechtigtes Mitglied**

stv. RV Silvia Selinger-Hugen  
2. stv. BM Jann Ennen  
BG Stefan Wehlage  
RM Hayo F. Moroni  
BG Bernhard Onnen  
RM Jens Podein  
BM Frank Ulrichs  
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann  
RM Anfried Hauschild  
RM Anke Dröst  
RM Jutta Wunsch  
RM Reinhard Kiefer  
RM Tobias Schnippering  
1. stv. BM Henning Padberg

#### **Von der Verwaltung**

AV Holger Reising  
Andreas Goldberg  
Dipl.-Ing. Frank Meemken

#### **Schriftführer**

Verw.-Angest. Irene Köß

### Entschuldigt fehlen:

BG Johannes Terfehr  
BG Axel Stange

## Tagesordnung

6. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.08.2017 - öffentlicher Teil
8. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
9. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
10. Gästebeitrag (bisher Kurbeitrag); Nachkalkulation für das Jahr 2016, Kalkulation für das Jahr 2018 und Erlass einer Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages
11. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Staatsbad Norderney GmbH über 4,0 Mio. EUR
12. Verlegung einer Abwasserdruckrohrleitung im Inselosten  
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
13. Ausbau Bürgermeister-Willi-Lühns-Straße, II.BA  
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe
14. Bebauungsplan Nr. 26 "Südliche Hafenstraße", 3.Änderung
  - a) Beratung über die Abwägung
  - b) Satzungsbeschluss
15. Bebauungsplan Nr. 30. "Am Kap", 7.Änderung
  - a) Beratung über die Abwägung
  - b) Satzungsbeschluss
16. Streaming von Ausschusssitzungen
17. Fair Trade Town - Antragstellung der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen
18. Spenden 2017 über 2.000 Euro II  
Unterkünfte Ferienbetreuung Grundschule
19. Mitteilungen der Verwaltung
20. Anfragen und Anregungen
21. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

**TOP 6. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

RV Hahnen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. BM Ulrichs teilt mit, dass TOP 16 (Bebauungsplan Nr. 61 „An der Mühle“) heute nicht behandelt werden könne. Es sei im Zusammenhang mit einem anderen Bauvorhaben aufgefallen, dass es Schwierigkeiten bei der Auslegung des Bebauungsplans gebe. Eine unklare Formulierung bedürfe einer Präzisierung. Der Landkreis Aurich habe deshalb mit Blick auf künftige Bauvorhaben darum gebeten, den Bebauungsplan mit einer Nachbesserung erneut auszulegen. Der Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig zugestimmt.

**TOP 7. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.08.2017 - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 14.08.2017 wird mit 13 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

**TOP 8. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

BM Ulrichs gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung der Verkauf eines Grundstücks in der Innenstadt beschlossen worden sei. Mehr dürfe er nicht sagen.

**TOP 9. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

BG Wehlage stellt fest, dass einige Nachbarinseln die Änderung des § 22 BauGB in ihren Satzungen umgesetzt hätten. Auf Norderney sei dies nicht möglich. Er fragt, warum Norderney glaube, schlauer als die Nachbarinseln zu sein. BM Ulrichs meint, dass alle Beteiligten zunächst Erfahrungen mit dem geänderten Passus machen müssten. Es müsse diskutiert werden, welche Änderungen für die Kommune und die betroffenen Eigentümer daraus folgten. Der Gesetzgeber wolle Dauer- und Ferienwohnraum schützen. Die Bildung von Zweitwohnungen solle verhindert werden. In der Kommune werde überlegt, wie man Einheimischen die Bildung von Eigentum/Dauerwohnraum ohne die Gründung von Gesellschaften ermöglichen könne.

BG Wehlage fragt, ob es nicht sinnvoll sei, diese Diskussion öffentlich zu führen. RM Moroni meint, dass man das Ziel der Gesetzesänderung auch anders erreichen könne, nämlich über die Eintragung von beschränkt persönlichen Dienstbarkeiten bzw. Baulasten. 2. stellv. BM Ennen warnt davor, das Gegenteil von dem zu erreichen, was beabsichtigt sei. BM Ulrichs meint, dass der § 22 BauGB kein „Allheilmittel“ sei, sondern nur eine von vielen Möglichkeiten. BG Wehlage gibt zu bedenken, dass der § 22 BauGB auf Wunsch der Inseln geändert worden sei, nachdem man sich über Planspiele die Auswirkungen bewusst gemacht habe. Ausnahmen für Norderney halte er nicht für zielführend. RM Aldegarmann plädiert dafür, dass der Rat sich Zeit für dieses Thema nehmen solle. 1. stellv. BM Padberg meint, dass man nicht die eigene Bevölkerung benachteiligen solle, wenn es andere Möglichkeiten gebe. Mehrere Ratsmitglieder sprechen sich für eine öffentliche Behandlung der Angelegenheit aus.

**TOP 10. Gästebeitrag (bisher Kurbeitrag); Nachkalkulation für das Jahr 2016, Kalkulation für das Jahr 2018 und Erlass einer Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages**

BM Ulrichs erläutert kurz die geplanten Änderungen. BG Wehlage gibt bekannt, dass seine Fraktion die Beitragssatzung ablehnen werde. Als Begründung führt er an, dass Norderney damit bundesweiter Spitzenreiter bei der Höhe der Kurabgabe werde und dass Tagesgäste gegenüber Dauergästen ungleich behandelt würden. Außerdem würden mit einer Befreiung von der Kurabgabe nach 28 Tagen hauptsächlich Zweitwohnungsbesitzer unterstützt, und es sei unsozial, die Schul-Freunde der Schülerinnen und Schüler vom Festland bei einem Besuch Kurtaxe zahlen zu lassen.

RM Schnippering weist darauf hin, dass auf Norderney keine Fremdenverkehrsabgabe wie in anderen Kurgebieten zu zahlen sei, was den Gewerbetreibenden zu Gute komme.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney nimmt die Nachkalkulation für das Jahr 2016 zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Norderney beschließt die Gästebeitragskalkulation für das Jahr 2018 auf der Grundlage der vorgelegten Kalkulation.

Der Rat der Stadt Norderney stimmt der Neufassung der Satzung über die Erhebung eines Gästebeitrages für die Stadt Norderney (Gästebeitragsatzung) in der vorgelegten Entwurfsfassung zu.

13 Stimme/n dafür

2 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

### **TOP 11. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Staatsbad Norderney GmbH über 4,0 Mio. EUR**

BM Ulrichs erläutert, dass die Stadt Norderney das Darlehen nur mit 80 % absichern dürfe.

### **Beschluss**

Die Stadt Norderney stimmt der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für ein von der Staatsbad Norderney GmbH bei der Sparkasse Aurich-Norden aufgenommenes Darlehen in Höhe von 5,0 Mio. EUR zu folgenden Bedingungen zu:

|                         |  |
|-------------------------|--|
| Betrag:                 | 5.000.000,- EUR                              |
| Zinssatz (Nominalzins): | 1,30 % p. a.                                 |
| Ausz.-Kurs:             | 100 %  |
| Annuität:               | 341.436,- EUR p. a.                          |
| Fälligkeit:             | monatlich (28.453,- EUR)                     |
| Valutierung:            | 01.11.2017                                   |
| Besicherung:            | 80%ige Ausfallbürgschaft der Stadt Norderney |

15 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

### **TOP 12. Verlegung einer Abwasserdruckrohrleitung im Inselosten Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe**

BM Ulrichs erläutert, dass aufgrund der Lage des Bauvorhabens im Nationalpark Wattenmeer erhöhte Anforderungen zu beachten seien. Insbesondere sei die Höhe der Kosten für das naturschutzrechtliche Genehmigungsverfahren nicht absehbar gewesen.

### **Beschluss**

Die überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 32.298,73 € bei Buchungsstelle 53.8.10/31010 (Ausbau SW-Kanalisation Druckrohrleitung Inselosten) wird genehmigt.

Deckung erfolgt über die Buchungsstellen 53.8.10/3502.7872000 (Ausbau RW-Kanalisation Nordhelmstraße 5. BA) in Höhe 22.436,98 € und 53.8.10/4046.7871000 (Neubau Lager für Schöpfwerk Südstraße) in Höhe von 9.861,75 €

15 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 13. Ausbau Bürgermeister-Willi-Lührs-Straße, II.BA  
Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe**

BM Ulrichs erklärt, es sei nachträglich festgestellt worden, dass auch im oberen Bereich der Bgm.-Willi-Lührs-Straße die Regenentwässerung zu verbessern sei.

**Beschluss**

Die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 71.715,46 € für den Ausbau Bgm.-Willi-Lührs-Straße wird genehmigt. Deckung erfolgt über die Buchungsstellen 54.1.01/2020.7872000 (Ausbau Bgm.-Willi-Lührs-Straße I.BA) in Höhe von 38.792,00 € und 54.1.01/2014.7872000 (Erschließung Südwestthörn) in Höhe von 32.923,46 €

Die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 54.814,86 € für den Ausbau der RW-Kanalisation Bgm.-Willi-Lührs-Straße wird genehmigt. Deckung erfolgt über die Buchungsstellen 53.8.10/3511.7872000 (Ausbau RW-Kanalisation Bgm.-Lührs-Straße I. BA) in Höhe von 966,25 €, 53.8.10/3014.7872000 (Ausbau SW-Kanalisation Bgm.-Lührs-Straße I. BA)“ in Höhe von 19.228,32 € und 53.8.10/3502.7872000 (Ausbau RW-Kanalisation Nordhelmstraße V. BA) in Höhe von 34.620,29 €

15 Stimme/n dafür

0 Stimme/n dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 14. Bebauungsplan Nr. 26 "Südliche Hafenstraße", 3.Änderung  
a) Beratung über die Abwägung  
b) Satzungsbeschluss**

**Beschluss**

- a) Die während der Auslegungsverfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 „Südliche Hafenstraße“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung (Anlage) ist Bestandteil des Beschlusses.
- b) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 26 „Südliche Hafenstraße“ mit der dazugehörigen Begründung als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung und der Begründung.

12 Stimme/n dafür

2 Stimme/n dagegen

1 Enthaltung

**TOP 15. Bebauungsplan Nr. 30. "Am Kap", 7.Änderung  
a) Beratung über die Abwägung  
b) Satzungsbeschluss**

**Beschluss**

- a) Die während der Auslegungsverfahren zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „Am Kap“ vorgebrachten Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die öffentlichen und privaten Belange werden gem. § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) untereinander und gegeneinander abgewogen. Die Zusammenstellung (Anlage) ist Bestandteil des Beschlusses.

- b) Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – wird die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 30 „Am Kap“ mit der dazugehörigen Begründung als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung und der Begründung.

4 Stimme/n dafür

9 Stimme/n dagegen

2 Enthaltungen

RV Hahnen stellt fest, dass damit der Beschlussvorschlag abgelehnt worden sei.

## **TOP 16. Streaming von Ausschusssitzungen**

BM Ulrichs erläutert, dass es möglich sei, die vorgeschlagene Anlage für ein bis zwei Monate zu testen. 2. stellv. BM Ennen teilt mit, dass im Nachgang zur letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses, bei der ein vorheriger Test der Anlage beschlossen worden sei, eine Fraktionssitzung der Gruppe CDU/FDP stattgefunden habe. Bei dieser Sitzung sei deutlich geworden, dass es teilweise Bedenken gegen die Übertragung mittels Livestream gebe. Man habe sich deshalb als Fraktion entschieden, geschlossen gegen die Beauftragung der Verwaltung zu stimmen, um diejenigen nicht allein dastehen zu lassen, die sich gegen eine Übertragung ausgesprochen hätten.

BM Ulrichs stellt klar, dass es hier offensichtlich grundsätzliche Einwände eines oder mehrerer Mitglieder der Fraktion CDU/FDP gegen die Übertragung an sich gebe. Da es ausreiche, wenn ein Gremiumsmitglied verlange, dass die Veröffentlichung seines Redebeitrages unterbleibe, brauche über den Beschlussvorschlag gar nicht erst abgestimmt zu werden.

RM Wehlage ist der Meinung, dass das einzelne Mitglied dieses Verlangen zu Protokoll geben müsse. So sei das Verfahren. 1. stellv. BM Padberg entgegnet, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen akzeptieren sollte, wenn sich zwei Mitglieder der Fraktion CDU/FDP in der Fraktionssitzung eindeutig gegen eine Übertragung ausgesprochen hätten.

RM Dröst erklärt, dass ihre Fraktion natürlich den Wunsch akzeptiere.

Eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag entfällt damit.

## **TOP 17. Fair Trade Town - Antragstellung der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen**

RM Dröst ergänzt den Antrag ihrer Fraktion in einer Erklärung wie folgt: „Im Grunde genommen haben wir uns seit jeher in aller Herren Länder rücksichtslos bedient. Es ist der Lernprozess des 21. Jahrhunderts, diese Art des Handels zu unterbrechen und unser tägliches Konsumverhalten zu überdenken. Fair-Trade-Town heißt, eine ganze Stadt zieht dabei an einem Strang. Fair-Trade-Town heißt, bei der Beschaffung der täglichen Güter auf faire Arbeitsbedingungen, faire Produktion und fairen Handel zu achten. Es heißt nicht, dabei wirtschaftliches Denken ganz außer Acht zu lassen. Sicher sind manche fair gehandelten Produkte im Durchschnitt teurer, doch schauen wir einmal auf das, was uns der weltweit skrupellose Handel eingebracht hat: Die Zerstörung ganzer Länder und das Resultat schlechter Bezahlung und unzumutbarer Arbeitsbedingungen ist ein weitaus höherer Preis.“

2. stellv. BM Ennen teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossen worden sei, Fair-Trade-Produkte vor einem Ratsbeschluss zunächst zu testen. Deshalb könne man den Antrag heute nur ablehnen. Er bitte deshalb darum, den Antrag auf die nächste Ratssitzung zu verschieben. RM Dröst erwidert, dass ein entsprechender Ratsbeschluss auch schon ein Ausprobieren sei.

BM Ulrichs meint, dass das Teetrinken in der Verwaltung und bei Sitzungen eine große Tradition habe. Die entsprechenden Marken würden seit Jahrzehnten getrunken. Er würde niemandem zumuten wollen, eine Teesorte trinken zu müssen, weil es eine Fair-Trade-Marke sei. Als Vorbereitung zu diesem Tagesordnungspunkt habe er sich mit dem Thema Fair Trade im Internet beschäftigt. Man finde

viele positive Stimmen, allerdings auch viel Kritik. In renommierten Tageszeitungen habe er Artikel mit dem Tenor „Die Ärmsten haben nichts davon“ gefunden. Er warnt davor, eine „Hau-Ruck-Aktion“ zu machen, sondern spricht sich für „vorsichtiges Testen“ aus.

BG Onnen verweist auf einen Fernsehbericht vor 14 Tagen zum Thema Fair-Trade. Sein Eindruck sei, dass Fair Trade zum Teil Etikettenschwindel sei. Menschen würden genauso ausgebeutet wie unter anderen Verhältnissen. RM Aldegarmann gibt zu bedenken, dass es den Ratsmitgliedern nicht anstehe, den Stab darüber zu brechen. Es klappe nicht alles gleich auf Anhieb.

Es besteht Einigkeit innerhalb des Rates, den Antrag zu vertagen.

#### **TOP 18. Spenden 2017 über 2.000 Euro II Unterkünfte Ferienbetreuung Grundschule**

2. stellv. BM Ennen nimmt an der Abstimmung nicht teil.

#### **Beschluss**

Es wird beschlossen, dass folgende Spenden über 2.000,00 Euro für das Jahr 2017 angenommen werden:

Norderney-Immobilien Jann Ennen e. K., 26548 Norderney  
für Grundschule Norderney, Ferienbetreuung (Unterkünfte Betreuer) 3.500,00 Euro

14 Stimme/n dafür                      0 Stimme/n dagegen                      0 Enthaltungen

#### **TOP 19. Mitteilungen der Verwaltung**

BM Ulrichs teilt mit, dass ihn die Abstimmung zu TOP 15 (Bebauungsplan „Am Kap“) überrascht habe. Die ablehnende Haltung sei nicht auf die gleichen Gründe zurückzuführen. Er weist darauf hin, dass der Genehmigung des Altenheimneubaus dieser Bebauungsplan zugrunde liege. Es gehe offensichtlich hier nicht um grundsätzliche Erwägungen, sondern um einen Antragsteller, für den der Bebauungsplan schon einmal erneut ausgelegt worden sei und der wiederum mit der neuen Fassung nicht einverstanden sei. Wenn dies keine „Klientelpolitik“ sei, wisse er es nicht. Ein Bebauungsplan sei nicht für einzelne Personen gedacht. Er hoffe, dass das Projekt Altenheimneubau nicht darunter leide. 2. stellv. BM Ennen weist darauf hin, dass es nicht nur um einen Bürger gehe, sondern um mehrere Punkte, die im Bebauungsplan nicht berücksichtigt seien. Dies sei auch mehrfach dargestellt worden. Insofern komme das Abstimmungsergebnis nicht überraschend.

#### **TOP 20. Anfragen und Anregungen**

a) RM Podein meint, dass tatsächlich „Klientelpolitik“ für Norderneyer Bürger betrieben werde. Er spricht in diesem Zusammenhang die vor mehreren Wochen von drei Fraktionen eingereichte Liste von Gebäuden an, bei denen die missbräuchliche Nutzung von Wohneigentum vermutet werde. RM Podein fragt, inwieweit diese Liste abgearbeitet sei und ob der Landkreis bei Verstößen schon informiert worden sei. BM Ulrichs antwortet, dass geplant sei, in der morgigen Sitzung des Fachausschusses auf diese Liste dezidiert einzugehen und er deshalb gerne das Thema auf morgen verschieben wolle. Dipl.-Ing. Meemken ergänzt, dass die Hälfte der Liste schon im Rahmen der turnusmäßigen Bearbeitung abgearbeitet worden sei. Verstöße seien bereits an den Landkreis abgegeben worden.

b) RM Wehlage erinnert daran, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen vorgeschlagen worden sei, eine Kurtaxe für Hunde beim Treffen der Bürgermeister der ostfriesischen Inseln zu diskutieren. Er erkundigt sich nach dem Sachstand. BM Ulrichs antwortet, dass man Sachen nicht besteuern könne und schon deshalb eine Kurtaxe für Hunde nicht möglich sei. Wegen dringlicherer Themen sei diese Angelegenheit beim Bürgermeistertreffen

nicht angesprochen worden. Er bezweifle, dass es eine Chance gebe, zu einer Rechtsänderung zu gelangen. BM Ulrichs bietet RM Wehlage an, bei den anderen Bürgermeistern nachzufragen.

c) RM Wehlage meint, dass man besser vor einer Vorstellung des Bebauungsplans zur „Gartenstadt“ Ende November die Bürgerinnen und Bürger befragen solle, ob sie sich eine Innenstadtverdichtung vorstellen könnten. Alle Fraktionen hätten sich vor der letzten Kommunalwahl für mehr Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Diese Chance biete sich hier. BM Ulrichs antwortet, dass es sich bei der Bürgerbeteiligung am 23.11.2017 um eine gesetzlich vorgeschriebene und notwendige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger handele, die dann die Möglichkeit hätten, ihre Meinung zu äußern. Der Vorhabenträger sei im Übrigen auf die Stadt zugekommen, weil er keinen Grund für Verzögerungen mehr sehe.

d) RM Moroni meint im Zusammenhang mit Punkt b), dass er kürzlich die Frage aufgeworfen habe, ob eine Kurtaxe für Hundebesitzer möglich sei, und um Prüfung gebeten habe. BM Ulrichs antwortet, dass eine solche Doppelbesteuerung (Steuer für den Hund und für den Aufenthalt) nicht möglich sei.

e) RM Onnen weist darauf hin, dass Norderney nicht - entgegen der Aussage von BG Wehlage – die teuerste Insel sei.

## **TOP 21. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde**

RV Hahnen gibt vorab eine Erklärung ab: „Die Bürgerfragestunde in den öffentlichen Ausschusssitzungen und bei den Ratssitzungen dient dazu, den interessierten Bürgern oder auch Gästen die Möglichkeit zu bieten, den Mitgliedern des Rates kommunalpolitische Fragen zu stellen, die nach bestem Wissen und Gewissen sachlich und korrekt von uns beantwortet werden. Die Mitglieder des Rates haben genau wie Sie, meine Damen und Herren, das Recht auf einen respektvollen und sachlichen Umgangston. Im öffentlichen Teil der letzten Bauausschuss-Sitzung wurde ein Mitglied des Rates als ‚Lobbyist‘ bezeichnet und es fiel der Satz: ‚Ich beobachte Sie schon länger‘. Solche Aussagen sind hier absolut fehl am Platz und werden auch nicht toleriert. Ich bitte für die Zukunft um einen fairen Umgang.“

a) Herr Luttmann berichtet, dass in Norddeich der Hubschrauberstart- und landeplatz für die Versorgung der Offshore-Windparks eröffnet worden sei. Seitdem sei vermehrt Hubschrauberverkehr über der Insel festzustellen. Dies sei teilweise eine Belästigung. Er fragt, ob dies schon einmal thematisiert worden sei. Er bittet darum, zu erkunden, wo die Hubschrauber fliegen und ob es möglich sei, nicht stadtnah bzw. zwischen den Inseln zu fliegen. BM Ulrichs antwortet, dass man sich mit dem Thema noch nicht befasst habe, weil es noch keine Beschwerden gegeben habe. Selbst habe er die Hubschrauber noch nicht wahrgenommen. Er sagt Herrn Luttmann zu, diesbezüglich nachzufragen.

b) Herr Luttmann erfragt den Sachstand zu den Gebäuden im vorderen Hafenbereich. BM Ulrichs antwortet, dass er die Angelegenheit nicht in seinen Bericht aufgenommen habe, weil es noch kein Ergebnis gebe. Das Dauerverhandlungsverfahren laufe noch. Ende November solle es eine Entscheidung geben.

c) Herr Luttmann erkundigt sich, wann die vakante Stelle im Ordnungsamt wieder besetzt werde und wie seit dem Weggang des Mitarbeiters die Arbeit dort aufgefangen werde. BM Ulrichs antwortet, dass bedingt durch neue Aufgaben ziemlich jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter im Rathaus an der Belastungsgrenze arbeite. Die Vakanz sei entstanden, weil ein seit einigen Jahren beschäftigter Beamter aus persönlichen Gründen einen Versetzungsantrag gestellt habe. Aktuell werde noch ein Inspektor ausgebildet und sei im nächsten Sommer als Nachfolger vorgesehen; ein anderer Inspektor habe seine Ausbildung gerade beendet und werde für einen anderen Fachbereich arbeiten. Für die Zeit bis zum Sommer sei zur Überbrückung die Einstellung eines Verwaltungsmitarbeiters geplant gewesen. Dieser hätte anschließend einen anderen Arbeitsplatz erhalten sollen. Leider habe der favorisierte Bewerber kurzfristig aus persönlichen Gründen abgesagt. Ein weiterer Bewerber habe heute seine Bewerbung zurückgezogen. Deshalb werde kurzfristig eine neue Ausschreibung erfolgen.



d) Herr Luttmann zeigt sich verwundert über den Umgang der hiesigen Politik mit der Änderung des § 22 BauGB. Die Angelegenheit sei vor vielen Jahren angeschoben worden. Man hätte sich also schon länger Gedanken machen können. Nun habe es für ihn den Anschein, als wenn jetzt erst diskutiert werde, was man wolle bzw. nicht wolle. Er fragt, warum dies nicht früher geschehen sei.

BM Ulrichs antwortet, dass die Initiative zur Änderung des § 22 BauGB von den ostfriesischen Inseln ausgegangen sei. Vorreiter sei die Insel Borkum gewesen. Leider seien die Inseln erst in einem späten Stadium über den Entwurf zur Änderung des Gesetzestextes in Kenntnis gesetzt worden. Sie hätten gleich ihre Bedenken u. a. wegen möglicher Umgehungsstatbestände angemeldet. Daraufhin sei der Entwurf einer weiteren Prüfung unterzogen worden und die Inseln hätten auf den neuen Text warten müssen. Die Diskussion über die örtliche Umsetzung habe erst begonnen, als der endgültige Text bekannt gewesen sei.

e) Herr Jentsch spricht die Ermahnung von RV Hahnen an. Er zitiert eine Aussage von RM Moroni: „Für die Fehler der Vergangenheit sind einige Ratsherren verantwortlich, die heute noch im Rat der Stadt Norderney sitzen und wieder zur Wahl stehen.“ Er verstehe nicht, warum RM Moroni eine dieser Personen zum Vorsitzenden des Ausschusses für Bauen und Umwelt gewählt habe. Dies sei für ihn ein Widerspruch, der das Gefühl von „Lobby“ aufkommen lasse.

Er meint, dass der Umgang der Ratsmitglieder untereinander auch einmal Grund für eine Ermahnung sein solle. RV Hahnen antwortet, dass das Wort „Lobbyist“ beleidigenden Charakter habe.

f) Frau Thiemann meint, sie lasse sich nicht den Mund verbieten und werde weiterhin Dinge sagen, die ihr auffielen. RM Moroni erklärt, dass er kein Lobbyist sei. Seit seinem 17. Lebensjahr setze er sich für Dauerwohnraum auf der Insel ein. In diesem Zusammenhang habe er für das Grundstück der sogenannten Gartenstadt einen Investor gesucht und gefunden. Der Investor vertrete seine Interessen, nicht er die des Investors.

g) Frau Thiemann meint, dass es in der Nutzungsanalyse (Anhang zur Begründung) zum Bebauungsplan Nr. 26 „Südliche Hafenstraße“ mehrere Häuser ohne Angabe gebe. Sie fragt, woher das Bauamt wisse, wie ein Gebäude genutzt werde, und wieso es für mehrere Häuser keine Angaben gebe. Außerdem erkundigt sie sich, warum es ein Gebäude mit ausschließlicher Ferienwohnungsnutzung gebe, obwohl das Gebiet von Norderneyern bewohnt werden solle.

Dipl.-Ing. Meemken antwortet, dass die Nutzungsanalyse dazu diene, die Notwendigkeit der Umwandlung von einem allgemeinen Wohngebiet in ein sonstiges Sonder-Gebiet zu begründen. Das Bauamt habe aufgrund der vorliegenden Baugenehmigungsakten, von Einwohnermeldedaten und eigener Recherche (Internet/Gastgeberverzeichnis) die Nutzungsanalyse erstellt. Es gebe tatsächlich Gebäude ohne Angabe. Der Grund dafür könne nur sein, dass in diesen Häusern zum Zeitpunkt der Erstellung niemand gemeldet gewesen sei und es keine Anhaltspunkte für eine Vermietung gegeben habe. Er werde sich um eine Aufklärung bemühen. Der Fall des reinen Ferienwohnhauses sei mit dem Landkreis Aurich bereits diskutiert worden. Es entspreche nicht dem Ziel des Bebauungsplans; dahinter stehe jedoch eine lange Entstehungsgeschichte, und es müsse noch abschließend geklärt werden, wie damit umzugehen sei.

h) Frau Thiemann erklärt, dass 20 % der Garne in ihrem Laden Fair-Trade-Produkte seien. Sie kenne die Bezugsquelle und meint, dass es hier Überprüfungsmöglichkeiten gebe.

i) Auf Nachfrage von Herrn Jentsch antwortet BM Ulrichs, dass im öffentlichen Teil der morgigen Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt über das Ergebnis der Beratungen zur geplanten Hotelanlage in der Luisenstraße 13 - 15 im nichtöffentlichen Teil berichtet werde. Es gebe neue Pläne, die morgen diskutiert würden.

j) Herr Karow erläutert, dass er von 2007 bis 2014 öffentliche Sitzungen über das Radio übertragen habe. In Spitzenzeiten hätte es dabei 1800 Zuhörer gegeben. Er fragt, ob die Idee der Übertragung im Internet gänzlich vom Tisch sei und erklärt, nicht bei der ganzen heutigen Sitzung anwesend ge-

wesen zu sein. BM Ulrichs wiederholt für Herrn Karow den Sachstand und erklärt, warum kein Beschluss gefasst worden sei.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Hahnen  
(Vorsitzender)

Ulrichs  
(Bürgermeister)

Köß  
(Protokollführerin)